

## **Formulierungsvorschläge für Zuwendungsbescheide**

Stand: 15.05.2023

Folgende Hinweise und Nebenbestimmungen, sollten in den Zuwendungsbescheiden enthalten sein. Eine Anpassung der Formulierungen auf die konkrete Maßnahme ist jeweils durch die zwischengeschaltete Stelle erforderlich.

1. Hinweis auf den EFRE

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 2021-2027 gefördert.<sup>1</sup>

2. Mittelabruf

Die Zuwendung kann nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie für tatsächlich aufgewendete förderfähige Ausgaben benötigt wird. Ausgaben für ein Vorhaben können, unbeschadet der Regelungen im Zuwendungsbescheid, nur dann gefördert werden, wenn sie zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 31. Dezember 2029 bezahlt wurden.

3. Abrufanträge sowie dazugehörige Belege sind bei der zwischengeschalteten Stelle/Meldestelle oder über das EFRE-Portal 21-27 (thueringer-foerderportal.eu) zu stellen/einzureichen. Bei der Nutzung des Portals muss der/die Zuwendungsempfänger(in) die Voraussetzungen des Authentifizierungsverfahrens erfüllen.

4. Vergaberecht

Auf die Einhaltung des Vergaberechts sowohl oberhalb als auch unterhalb der EU-Schwellenwerte wird besonders hingewiesen.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass der wirtschaftlich Berechtigte des Auftragnehmers bei einem Vergabeverfahren im Oberschwellenbereich zu erfassen ist. Auch Unterauftragnehmer der ersten Ebene müssen erfasst werden (der Unterauftragnehmer des Unterauftragnehmers muss nicht erfasst werden). Diese umfangreichen Pflichten ergeben sich aus der VO (EU 2021/1060 Art. 69 Abs. 2 in Verbindung Anhang XVII Feld 2,3 und 23, 24,81-84) in Verbindung mit § 3 GwG.

5. Buchführungspflicht

Nach Artikel 74 Abs. 1 Buchstabe a lit i der VO (EU) 2021/1060 muss sichergestellt werden, dass alle Finanzvorgänge im Zusammenhang mit dem Vorhaben entweder in einer getrennten Rechnungsführung erfasst werden oder dass ein geeigneter Rechnungsführungscodes verwendet wird. Es muss in geeigneter Weise sichergestellt werden, dass die für den Nachweis der tatsächlich getätigten Ausgaben erforderlichen Vorhabenunterlagen eindeutig dem Vorhaben zugeordnet und von anderen Unterlagen getrennt werden können. Dies kann z. B. durch ein vorhabenbasiertes Kosten- und/oder Leistungskonto, eine separate Kostenstelle oder die Verwendung einer auf die Rechnungsunterlagen aufzubringenden Vorhabensnummer erfolgen.

Werden die Positionen einer Rechnung dem Vorhaben nicht vollständig zugeordnet, so muss es möglich sein, die Einzelpositionen dem Vorhaben zuzuordnen. Z.B. indem die Positionen auf der Rechnung oder die Dokumentation anhand des Rechnungsführungscodes (z.B. Vorhabensnummer) entsprechend zugeordnet werden können.

---

<sup>1</sup> Die Angabe des prozentualen Anteils an EFRE- bzw. Landesmitteln an der Förderung ist entbehrlich.

### 6. Publizitätspflicht

Der/Die Zuwendungsempfänger(in) hat bei allen Informations- und Kommunikationsmaßnahmen gemäß Art. 50 Abs.1 i.V.m. Anhang IX VO (EU) 2021/1060 auf die Unterstützung des Vorhabens durch den EFRE hinzuweisen. Die Anforderungen an die Publizitätsverpflichtung sind dem Leitfaden Publizität EFRE-Programm 2021 – 2027 Thüringen<sup>2</sup> als Anlage zum Zuwendungsbescheid zu entnehmen. Es wird empfohlen, die korrekte Umsetzung der EU-Publizitätsvorgaben mit der bewilligenden Stelle im Vorfeld abzustimmen.

### 7. Datenspeicherung

Der/Die Zuwendungsempfänger(in) wird darauf hingewiesen, dass die im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung stehenden Daten (Art. 72 VO (EU) 2021/1060) gespeichert werden. Mit dem Antrag erklärt sich der/die Zuwendungsempfänger(in) einverstanden, dass die Daten an die unter Ziffer 14 aufgeführten Institutionen sowie weitere in die EU-Förderung eingebundene Stellen (u. a. mit der Evaluierung beauftragte Institute) weitergegeben werden können.

### 8. Liste der Vorhaben

Der/Die Zuwendungsempfänger(in) erklärt sich mit der Offenlegung der erhaltenen Förderung einverstanden (Art. 49 VO (EU) 2021/1060).

### 9. Einbehalte des Zuwendungsempfängers

Sollten vom/von der Zuwendungsempfänger(in) bei der Bezahlung von Rechnungen an einen Auftragnehmer Einbehalte vorgenommen werden, so können für diese Teilbeträge keine Mittel erstattet werden. Hiervon ausgenommen sind folgende Formen von Sicherheitsleistungen:

- a. Der Auftragnehmer gibt zu Gunsten des Begünstigten eine Bankbürgschaft ab.
- b. Wird Sicherheit durch Hinterlegung von Geld vereinbart, hinterlegt der Auftragnehmer einen entsprechenden Teil des Rechnungsbetrages auf einem verzinsten Banksperrkonto, über dessen Gelder nur Begünstigter und Auftragnehmer gemeinsam verfügen können.
- c. Nach Zahlung eines reduzierten Rechnungsbetrages wird der Restbetrag auf ein Banksperrkonto gemäß b) eingezahlt.

### 10. Sicherheitsleistungen

Für die Sicherung der Erfüllung einer vertraglich zugesicherten Leistung kann Sicherheit z.B. in Form einer Vertragserfüllungsbürgschaft verlangt werden. Für Bauleistungen ist hierbei jedoch im Unterschwellenbereich auf § 9c VOB/A und § 16 ThürVgG bzw. im Oberschwellenbereich auf § 9c VOB/A-EU 2019 zu achten. Bei sonstigen Leistungen im Unterschwellenbereich ist die Norm des § 21 Abs. 5 UVgO zu beachten.

### 11. Vorhabensdokumentation und Belegaufbewahrung

Vom/von der Zuwendungsempfänger(in) ist eine vollständige Vorhabendokumentation zu führen. Diese beinhaltet sämtliche vorhabenrelevanten Unterlagen, insbesondere technische Spezifikationen, Finanzierungsplan, Unterlagen über die Bewilligung und die Vergabe von Aufträgen, Fortschritts- und Endbericht.

Sämtliche mit der Förderung im Zusammenhang stehenden Unterlagen sind durch den Begünstigten grundsätzlich bis 31.12. 2036 aufzubewahren. Durch Gerichtsverfahren oder auf Ersuchen der EU-Kommission wird diese Frist unterbrochen.

Vorbehaltlich abweichender Regelungen (eCohesion) werden grundsätzlich Originalbelege bzw. beglaubigte Kopien der Originale aufbewahrt. Sollten die Belege

---

<sup>2</sup> Der Leitfaden ist als Anlage II zum EFRE-Leitfaden enthalten und auf <http://www.efre-thueringen.de> unter Service » Publizitätsvorschriften abrufbar.

ausschließlich elektronisch auf allgemein üblichen Datenträgern vorliegen, muss sichergestellt sein, dass die Fassung den nationalen Rechtsvorschriften entspricht und für Prüfungszwecke zuverlässig ist. Für elektronische Belege mit Schriftformerfordernis gelten die Vorgaben des § 3a Abs. 2 ThürVwVfG. Für elektronische Versionen von Papierdokumenten mit Schriftformerfordernis gelten die Vorgaben des § 33 Abs. 4 Nr. 4 i.V.m. Abs. 5 ThürVwVfG sowie der technischen Richtlinie 03138 RESISCAN – ersetzendes Scannen des BSI. Soweit Unterlagen den § 147 Abs. 1 AO bzw. § 14 Abs. 1 UStG unterfallen, sind die entsprechenden Vorschriften zur Übertragung in ein elektronisches Format sowie zur Aufbewahrung zu beachten.

### 12. Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis sowie dazugehörige Belege sind bei der zwischengeschalteten Stelle/Meldestelle oder über das [EFRE-Portal 21-27 \(thueringer-foerderportal.eu\)](https://www.efre-portal.de) einzureichen. Bei der Nutzung des Portals muss der/die Zuwendungsempfänger(in) die Voraussetzungen des Authentifizierungsverfahrens erfüllen.

### 13. Überwachungszeitraum

Die Beteiligung des EFRE an einem Vorhaben in Infrastruktur und produktive Investitionen wird nur dann beibehalten, wenn das kofinanzierte Vorhaben innerhalb von fünf Jahren nach der Auszahlung insbesondere keine wesentliche Änderung erfährt (Nachweis der Dauerhaftigkeit gem. Art. 65 VO (EU) 2021/1060). Der/Die Zuwendungsempfänger(in) hat der Bewilligungsstelle wesentliche Änderungen umgehend zu melden. Andere Regelungen, insbesondere des Beihilferechtes, die eine längere Frist vorsehen, bleiben hiervon unberührt.

### 14. Prüf- und Kontrollrechte

Die Bewilligungsstelle, das für die Förderung zuständige Ministerium, die EFRE-Verwaltungsbehörde, EFRE-Prüfbehörde und die Rechnungsführende Stelle i.S.d. VO (EU) Nr. 2021/1060, die Europäische Kommission, der Europäische Rechnungshof, der Bundesrechnungshof sowie der Thüringer Rechnungshof sind berechtigt, Bücher, Belege und sonstige im Zusammenhang mit der Förderung stehenden Unterlagen abzufordern und zu prüfen sowie den Einsatz der abgeforderten Mittel durch örtliche Erhebung zu prüfen oder prüfen zu lassen. Der/die Zuwendungsempfänger(in) hat im Rahmen der Prüfungen durch diese Stellen mitzuwirken und im Rahmen der Begleitung und Evaluierung der EU-Struktur- und Investitionsfondsförderung die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Das gleiche Recht steht den von diesen Stellen Beauftragten zu.